Das Reichsbanner

Die Wochenzeitung der Eisernen Front

Aus dem Inhalt:
Wehrgeschichte — Wehrlegende! Von H. Efferoth
Die Landtagswahlen in Lippe
Aus dem Verbrecheralbum der SA.
Köpfe der Arbeiterdichtung: Karl Bröger

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 1.95 Mk., monatlich 65 Pf. Einzelnummer 20 Pf. — Druck und Verlag: W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Fernruf 28862. Postscheck 122 Magdeburg (W. Pfannkuch & Co.). Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt oder Verbot kein Anspruch auf Entschädigung. — Herausgeber: Karl Hoffmann, verantwortlicher Redakteur: Ernst Tiefenthal, Magdeburg, Regierungstraße 1, Fernruf 355 19.

Anzeigenannahme: Inseraten-Union G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Fernruf A 7, Dönhoff Nr. 503—504. Postscheckkonto Berlin Nr. 10838. — Insertions-Bedingungen: Die 5gespaltene Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 20 Pf., die 4gespaltene Millimeter-Zeile im Reklameteil 2.25 Mk. Beilagen nach Vereinbarung. — Verantwortlich für Anzeigen: E. Schuppe, Magdeburg.

Nr. 3 — Magdeburg, 21. Januar — 1933

Versailles und Ruhr

Gedenktage zur rechten Stunde

„Daß dein ärmster Sohn stets dein getreuester war, denk es, o Deutschland."

Die Gegenrevolution muß die Feste feiern wie sie fallen. Die Stunde gebietet Aufmunterung für die in Verwirrung geratene faschistische Front, denn der vom Pseudopatriotismus beschwipste Bürger ist inzwischen in den Aschermittwoch der Politik hineingetaumelt, und der betäubende Hitlerfasching geht seinem grauen Ende entgegen. Noch ist es nicht so weit, noch wütet der infame Hakenkreuzrausch an allen Ecken und Enden, aber die ersten Schimmer eines trübseligen Morgens werden sichtbar, und die schwarzen Katzen und Affen hocken auf allen braunen Häusern Deutschlands.

Schüsse knallen — in Dresden und in Braunschweig mordet die SA. ihre eignen Kameraden, in Nürnberg hagelt es Schläge im Braunen Haus, Hitler ist bis über die Ohren mit Schulden zugedeckt, der Grundstücksbesitz der NSDAP. muß an schwedische Kapitalisten verpfändet werden, Schleicher zankt sich mit dem Landbund auseinander, Hugenberg ist zur Seite gedrängt — die Krise im Lager des vergangenen Deutschlands wirft immer schwärzere Schatten. Darum muß gefeiert werden, sei es bei jedem Anlaß, sei es um jeden Preis, und die jahrhundertelang bewährte Methode, mit gefälschter Geschichte ein ahnungsloses Volk zu betrügen, wird mit alter Kunst und neuzeitlicher Dreistigkeit in Anwendung gebracht.

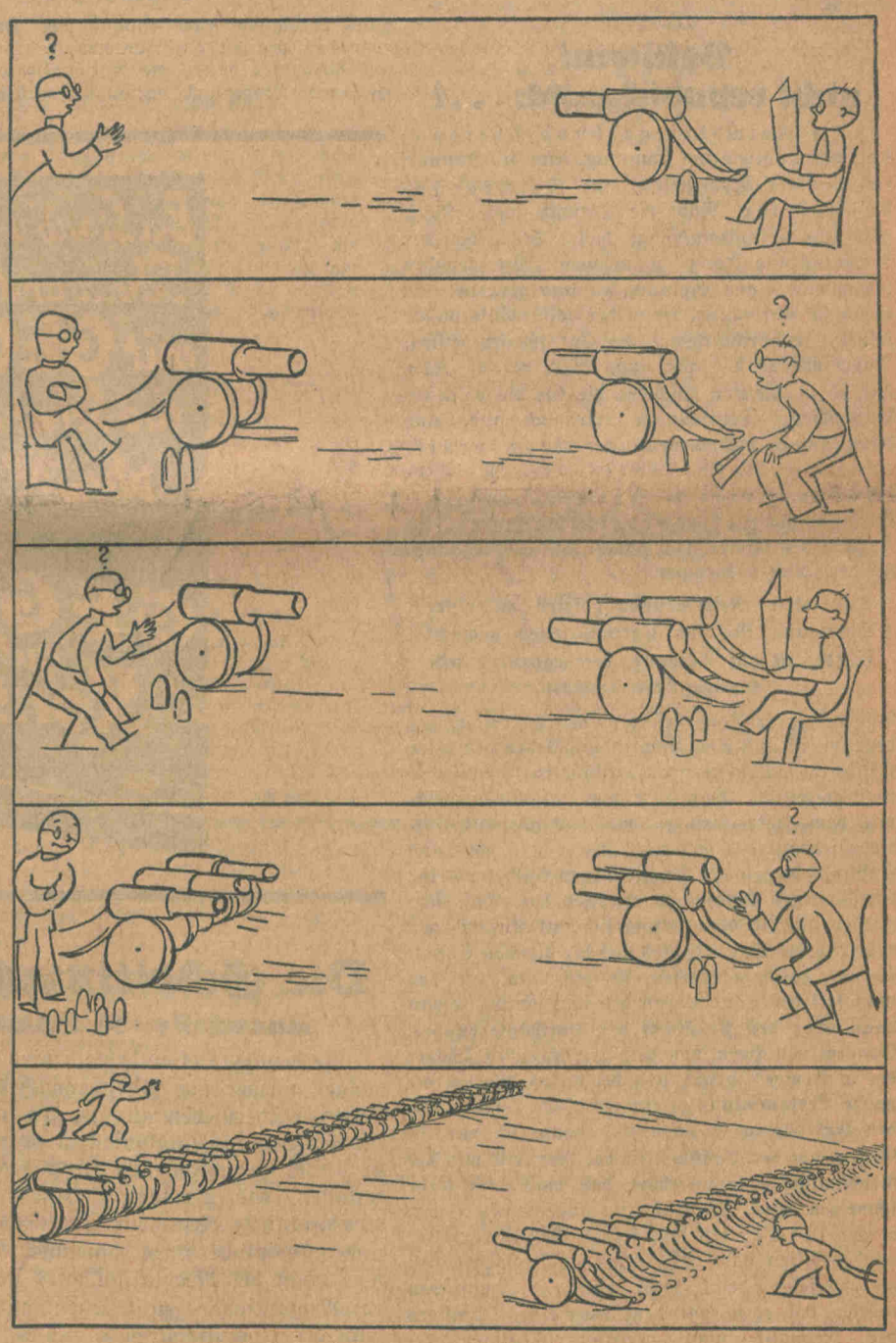
Es ist ein Jubiläum doppelter Art, das im heutigen Deutschland jeder nach seiner eignen Weise zu begehen gezwungen ist. Am 11. Januar sind 10 Jahre verflossen, da der starrköpfige Advokat und verhängnisvolle Staatsmann Poincaré den französischen Truppen und ihrem belgischen Hilfskontingent den Befehl zum Einmarsch in das Ruhrgebiet gab. Am 18. Januar sind es 62 Jahre da im Spiegelsaal von Versailles das Deutsche Reich, einstmals der Traum und die große Hoffnung der deutschen Revolution, in Form eines Fürstenbundes und unter Ausschluß des deutschen Oesterreichs ausgerufen wurde. Am 11. Januar und am 18. Januar haben folgenschwere Schicksalsstunden für Deutschland geschlagen, und der ernsten Erinnerung ziemt für beide Tage ein Wort der Besinnung und der Einkehr. Besinnung und Einkehr — das sind für uns, die wir Ausbrüche des Hasses und der pseudopatriotischen Geschichtsklitterung ablehnen, ernste Verpflichtungen, denen wir uns um Deutschlands wahrer Einheit und wirklicher Freiheit willen nicht entziehen wollen.

Am 18. Januar 1871 wurde das von den Dynastien jahrhundertelang aufgespaltene Deutschland zum ersten Male und in einem wahrhaft nur vorläufigen Sinne geeint. Was staatsrechtlich damals als Deutsches Reich entstand, war weder eine Monarchie noch eine Republik, war in Wirklichkeit eine Fürstenoligarchie, deren Zustandekommen Bismarck nach grauenhaften nervenzerreißenden Kämpfen erzwang. Vom Traum des wahren einen deutschen Staates für den die Revolution von 1848 auf den Barrikaden gekämpft hatte, war wenig übriggeblieben. Das Bürgertum hatte vor Bismarck kapituliert, seine besten Köpfe, wie Kinckel und Karl Schurz waren entweder im ausländischen Exil verkümmert oder im Dienste fremder Staaten zu Ruhm und Größe aufgestiegen. In Deutschland hatten sie nichts zu sagen. Das deutsche Oesterreich, ein Teil der Habsburgischen Hausmacht, blieb außerhalb der Reichsgrenzen, eingezwängt und unnatürlich verkoppelt in eine würgende Kette halb erwachter fremder Nationen, um seinen Anteil am deutschen Schicksal betrogen, und von nun an verflucht, die unwürdige Rolle als Bedrücker der slawischen und madjarischen Nationen auf sich zu nehmen.

Was Bismarck damals schuf, war ein Kompromiß, eine verzweifelte und unzulängliche Lösung, die gefunden werden mußte, da die dynastischen Hausmachtinteressen der Zollern und Habsburger, der Wittelsbacher und Zähringer, der Brabanter und Koburger stärker gewesen waren als die Forderungen und Hoffnungen der Nation. Die Arbeiter und revolutionären Studenten hatten umsonst auf den Barrikaden geblutet, umsonst waren die glühenden Schwüre auf die schwarzrotgoldene Fahne der Revolution, und die schwarzweißrote Fahne der kleindeutschen dynastischen Lösung beherrschte nunmehr Deutschland. Denkt daran, wenn in diesen Tagen der offizielle Phrasenrausch sich durchs Land drängt — denkt daran und vergeßt es nie. Dieses Deutschland der fürstlichen Kompromisse und der dynastischen Diplomatie war es nicht, für das unser Volk in den Krieg zog, für das es unsagbar litt und blutete und für das es Millionen Tote auf den Schlachtfeldern ließ. Das Deutschland, um das es uns geht, das unerlöste und geheime Deutschland, ist noch immer nicht geschaffen und harrt der Stunde seiner Befreiung. Auf dieses Deutschland melden wir unsern Anspruch an, und die Erinnerung an den 18. Januar 1871 macht uns stark und entschlossen.

Man sagt uns, daß das Bismarcksche Deutschland besser war als gar keins, und man mag recht haben. Eben darum haben wir uns nicht versagt, als es galt, diesem kleinern Deutschland in seinen schweren Stunden beizustehen. Darum stand das arbeitende Volk unsers Landes bereit, als im August 1914 der ungeheuerste aller Kriege ausbrach. Darum standen wir alle zusammen, als am 9. November 1918 die Fürsten entflohen und das Volk in Elend und Niederlage ein fürchterliches Erbe abzutragen begann. Und als am 11. Januar 1923 der verhängnisvolle Einmarsch in das Ruhrgebiet kam und Europa von Abgründen des Hasses und der tödlichsten Feindschaft aufs neue zerrissen wurde, da war es wiederum das Volk der Arbeit, das in heroischer Geduld und unbeirrbarer Zähigkeit den französischen Waffen die Arbeit verweigerte und Monate einer beispiellosen Schreckensherrschaft auf sich nahm. Das Volk war nicht daran schuld, daß eine unfähige und reaktionär verstockte Regierung seinen Widerstand nicht zu nutzen verstand, das Volk von Ruhr und Rhein hat keine törichten Hoffnungen auf eine nie zu erreichende englische Hilfe gesetzt. Es stand abseits vom amtlichen Illusionismus und vom nationalistischen Abenteurertum und hat auf seine Weise in Treue und Festigkeit seine phrasenlose Liebe zu Deutschland bekundet. Die Franzosen kamen mit Reiterei und Infanterie, mit Tanks, Geschützen und Maschinengewehren, und die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben in grauenvollen Monaten für die Leichtfertigkeiten ihrer Herren Wirtschaftsführer und andrer sogenannter Nationalpolitiker bezahlen müssen. Sie haben die perverse Koalition zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern, die sich an den Ufern der Ruhr in schamloser Offenheit zusammensiedelte, mit Geduld und Verachtung an sich vorübergehen lassen, und als die französischen Militärs zum letzten Schlage ausholten und das unsaubere Pack der Separatisten bewaffnet und von Feldgendarmen behütet zum Sturm auf die Rathäuser und Regierungsgebäude im Rheinland vorschickten, da waren es die Arbeiter, die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter, die ohne Waffen und ohne Schutz das Gesindel in alle Winde auseinanderschlugen.

In dieser schwersten Stunde Deutschlands hat das arbeitende Volk seine wortlose Treue und seine stille, unberedte Liebe zu seinem Lande unter Einsatz von Leib und Leben bekundet und das Schlimmste abgewandt. Das ging ohne tönende Haßtiraden, ohne Schmä-



„Vaterländer in Gefahr"

Plakat einer englischen Friedensgruppe

hungen und ohne nationalistischen Eigensinn. Das ging mit tiefer Trauer über das vom Haß zerpflügte Europa und mit der großen Hoffnung auf eine neue, freiere und reinere Welt. Als der Kampf vorbei war, gab es für die Herren von der Industrie 700 Millionen, für das Volk auf der Straße schöne Worte, und neun Jahre später hat man die Führer und Vertreter dieses Volkes von ihrem rechtmäßigen Platz in der preußischen Verwaltung davongejagt. Darum ist uns die Erinnerung an den 11. Januar 1923 eine wichtige und nützliche Erinnerung. Damals ist eine Rechnung aufgemacht worden, die bis heute noch nicht beglichen ist, aber diese Rechnung wird noch einmal — verlaßt euch drauf — bezahlt. Man hat uns aufgefordert, dieses 11. Januar zu gedenken. Wir sind dieser Aufforderung gefolgt, und wir denken an ihn, allerdings etwas anders als die offiziellen Fest- und nationalen Haßredner es wünschen mögen. Wir waren es, die das Verbrechen der französischen Reaktion abgewehrt haben, wir haben den Verleumdungen und den Raubabsichten des Comité des forges (des französischen Stahlwerkverbandes) getrotzt, den Waffen des französischen Militärs standgehalten — aber die große Hoffnung auf Freiheit und Recht ist in Deutschland noch immer nicht erfüllt. Bei dem Volk von Rhein und Ruhr ist eine Schuld angelaufen, die zur rechten Zeit und zur rechten Stunde eingeholt werden wird. An diese Schuld wollen wir denken, sie wollen wir nie vergessen, und auf den Tag der Abrechnung laßt uns alle gefaßt sein. Hb.

Bestimmt nicht republikanisch . . .!

Der Reichskriegerbund Kyffhäuser veranstaltete am Sonntag, dem 15. Januar, im Berliner Sportpalast eine Reichsgründungsfeier. Nicht die Tatsache dieser Feier gibt uns Veranlassung, an dieser Stelle von der Veranstaltung Notiz zu nehmen. Wir gestehen jedem eine eigne Meinung zu und geraten nicht gleich in Aufregung, wenn der „Kyffhäuserbund" seinen monarchistischen Spleen spazierenführt. Dabei müssen wir allerdings Wert darauf legen, daß es in Formen geschieht, die für die politische Entwicklung Deutschlands erträglich sind, und dann um so mehr, wenn der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichsaußenminister, der Reichsinnenminister und der Reichsarbeitsminister, also Organe des immer noch republikanischen Staates, an der Feier teilnehmen.

Daß diese Reichsgründungsfeier zu einer Huldigung für den Exkronprinzen gemacht wurde, ist ein Vorgang, demgegenüber jede Gemütlichkeit aufhört.

Daß der Herr Reichspräsident den Exkronprinzen begrüßt, ist aus dem Empfindungsleben des alten Offiziers schließlich noch verständlich, wenn auch nicht erfreulich. Auch bei einem Zusammentreffen mit dem Exkronprinzen bleibt Hindenburg der Repräsentant des Staates, dem von Rechts und Anstands wegen der Staatsbürger Wilhelm Prinz von Preußen Achtung zu erweisen hat. Daß Mitglieder der Reichsregierung sich mit Angehörigen des früheren Kaiserhauses auf der gleichen Ehrentribüne zusammenfinden, ist ein Bild, an das man seit der Aera Papen gewöhnt wurde. **Wenn dann aber der Präsident des Kyffhäuserbundes, General von Horn, von dem „ruhmreichen Führer der 5. Armee" spricht, und bei diesen Worten die ganze Versammlung in eine jubelnde Ovation für den Exkronprinzen ausbricht, dann ist das in Gegenwart des Präsidenten der Republik und der Reichsminister so unerhört, daß man nicht mehr schweigen kann.** Man sagt im allgemeinen Herrn v. Schleicher ein sehr feines Gefühl für Imponderabilien nach. Wir beginnen beinahe daran zu zweifeln; denn sonst hätte er empfinden müssen, daß es sich mit dem Amte eines Ministers der Republik nicht verträgt, Staffage bei monarchistischen Huldigungen zu spielen und zuzulassen, daß der Reichspräsident in Situationen gebracht wird, wie sie an diesem Sonntag zu beobachten waren. Er hätte nach allen Erfahrungen des letzten Jahres voraussehen müssen, was kam. Es wäre daher seine Pflicht gewesen, von einem Nichterscheinen des Exkronprinzen seine Teilnahme sowie die Teilnahme der Mitglieder der Reichsregierung abhängig zu machen. Daß er es nicht getan hat, hat vielleicht mehr politisches Porzellan zerschlagen, als ihm lieb ist. Alle kameradschaftliche Verbundenheit in Ehren. Wenn die Leitung des Reichskyffhäuserbundes zuwenig Taktgefühl besitzt, um zu empfinden, daß monarchistische Gefühlsausbrüche in Gegenwart der Vertreter des republikanischen Staates unmöglich sind, dann muß der verantwortliche Leiter der Politik die Konsequenzen daraus ziehen.

Jedenfalls wünschen wir es nicht noch einmal zu erleben, daß die Freunde der Restauration den Reichspräsidenten und Mitglieder der Reichsregierung als Schachfiguren in ihrem Spiel verwenden können. —

Die Landtagswahlen in Lippe

Die Sozialdemokratie gewinnt / Schwere Verluste der Kommunisten und Deutschnationalen / Nazis noch nicht geschlagen

Aus Detmold wird uns geschrieben: Die Landtagswahlen in Lippe brachten den Sozialdemokraten einen Stimmenzuwachs von rund 4000 Stimmen, das sind 15 Prozent, gegenüber der letzten Reichstagswahl vom 6. November 1932. Dieser Erfolg ist um so bedeutender, als alle Parteien einen beispiellosen Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie führten. Besonders hoben sich dabei die Kommunisten und Nationalsozialisten hervor.

Die Nationalsozialisten hatten Tausende von SA.-Leuten aus Preußen nach Lippe geholt und alle sogenannten Kanonen in Versammlungen sprechen lassen,

wie Hitler, Goebbels, Frick und die übrigen Oberbonzen. Trotz dieses großen Aufwandes gelang es den Nationalsozialisten nicht, den Aufstieg der SPD. zu hemmen. Die Kommunisten, die ebenfalls ihre gesamte Kampfkraft gegen die Sozialdemokratische Partei richteten, verloren 3575 Stimmen (28 Prozent) gegenüber dem 6. November. Sie hatten insbesondere in Versammlungen erklärt, es sei ihnen gleichgültig, ob ein Sozialdemokrat oder ein Nationalsozialist in Lippe regiere. Die Arbeiterschaft gab ihnen die verdiente Antwort darauf. Die gesamte Stimmenanzahl der marxistischen Stimmen ist mit 42 Prozent unverändert gehalten worden. Die Nationalsozialisten, die gegenüber der letzten Reichstagswahl 5800 Stimmen gewinnen konnten, haben vor allem die Stimmen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei aufgesogen und einen Teil ehemaliger kommunistischer Wähler.

Hinter den Juli-Reichstagswahlen blieben die Nationalsozialisten noch mit 3439 Stimmen zurück

und erreichten nicht einmal ihre Stimmenzahl von der zweiten Präsidentenwahl. Während des Wahlkampfes hatten die Nationalsozialisten ausposaunt, Lippe soll nationalsozialistisch werden. Trotz ihres gewaltigen Aufwandes brachten sie es nur auf neun Mandate, während zur Mehrheit elf Mandate notwendig wären. Es ist deshalb eine bittere Pille für die Nationalsozialisten, daß sie eine Regierung nur bilden können, wenn sie sich mit den Deutschnationalen und der Volkspartei oder dem Evangelischen Volksbund zu einer Koalition zusammenfinden. Die Staatspartei und das Zentrum hatten eine Listenverbindung abgeschlossen. Obwohl beide Parteien gegenüber dem 6. November etwas aufholten, reichte es doch nicht für ein Mandat.

Das lippische Reichsbanner,

das in fast 200 Versammlungen Saalschutz zu stellen und dem Tausende aus dem Industriegebiet nach Lippe gebrachte SA.- und SS.-Leute gegenüberstanden, hat an diesem Wahltag eine besonders hervorragende und opfervolle Arbeit geleistet. Wiederholt provozierten die Nationalsozialisten Zusammenstöße, bei denen auch eine Anzahl Reichsbannerkameraden verletzt wurde. Ohne die Tätigkeit des Reichsbanners hätte die republikanische Bevölkerung Lippes sich kaum gegenüber dem Terror der Hitler-Privatarmee durchsetzen können. In zahlreichen Fällen konnten unsre Reichsbannerkameraden den Nazis wirksam entgegentreten. Die SPD. hat sich in diesem Wahlkampf, der alle bisherigen Wahlkämpfe in Lippe an Kraft überbot, geradezu glänzend geschlagen. Insbesondere in den Dörfern der Wanderziegler sind die Ergebnisse überaus günstig. An einzelnen Orten hat sich ihre Stimmenzahl verdoppelt. In der Landeshauptstadt Detmold konnte die SPD. gegenüber dem 6. November 25 Prozent gewinnen und geht aus diesem Kampf, den sie nach einer 14jährigen Regierungsbeteiligung zu bestehen hatte, gestärkt hervor, und sie wird nun in positiver Opposition die Interessen der Arbeiterschaft ebenso nachdrücklich wahrnehmen, wie sie es während der 14 Jahre in der Regierung tat. —

Die Schrittmacher der Gegenrevolution

Anarchisten in Spanien · Kommunisten in Deutschland

Die deutsche Oeffentlichkeit wird seit Weihnachten wieder mit Unruhennachrichten aus Spanien überschwemmt. In der immer unruhigen Provinz Katalonien ist es von neuem zu Putsch und Krawallen gekommen, Blut ist geflossen, das Standrecht regiert und das republikanische Regiment Spaniens wird in eine unmögliche Lage hineingedrängt. Die Regierung der Revolution wird gezwungen, auf Revolutionäre zu schießen, die Aufspaltung der revolutionären Front beginnt und die Erschütterung des Regiments ist auf die Dauer nicht zu vermeiden. Ungeheuerlich es zu sagen, aber es ist wahr: genau das beabsichtigen die spanischen Anarchisten, denn so wirr, so utopisch, so in ganz primitivem Sinne rebellisch diese Bewegung ist — so sind doch ihre Führer klar genug, um an einen unmittelbaren Erfolg ihrer Aktion nicht zu glauben. Mit einem Zynismus, der beschämend und erschütternd wirkt, erklären diese Leute ganz offen, daß sie die Regierung zwingen wollen, Arbeiterblut zu vergießen, um sie vor den Arbeitern unmöglich zu machen. Ein teuflisches Rezept — leider aber auch ein erprobtes Rezept! Genau das gleiche haben die Kommunisten in Deutschland getan, und wenn heute bei uns die Demokratie halb erwürgt am Boden liegt, die Freiheit und die sozialen Rechte des Volkes mit Füßen getreten wurden, wenn das Parlament versagt, die Regierung diktiert, der Terror wächst und das Recht verstummt — dann haben die Kommunisten den entscheidenden Anteil und die volle Verantwortung für diese furchtbare Entwicklung. Genau wie in Spanien hat es auch bei uns angefangen. Die Feudalität wurde gestürzt, die Monarchie verjagt, die Demokratie erkämpft und die Republik errichtet. Was war selbstverständlicher als das große Bündnis aller Arbeitenden in Stadt und Land, um die revolutionäre Demokratie gegen die Konterrevolution zu verteidigen und die Rechte von Millionen Besitzloser gegen die Minderheit der Besitzenden organisatorisch durchzusetzen? Nun — das Selbstverständliche geschah nicht, und das Unverständliche wurde Ereignis. Da war noch kein Rohbau fertig, keine Verfassung geschaffen, keine neuen Rechte normiert, und schon schlug Spartakus unter dem erbärmlichen Vorwand, die Revolution gegen „Verräter" zu verteidigen, die Revolution nieder. Arbeiterblut floß, und die Demokratie wurde von links her, und zwar mit aller Absicht von seiten der russischen Verzweiflungsstrategen, diskreditiert und erschüttert. Diese Verfemung der Republik war gewollt, diese Erschütterung der Demokratie beabsichtigt. Unter dem Sowjetstern zog man ins Parlament, um das Parlament als „bourgeoise Heuchelei" zu entlarven, den „bürgerlichen Abstimmungsschwindel" bloßzustellen, das „parlamentarische Geschwätz", den „Kuhhandel" unmöglich zu machen, und man muß es Herrn Thälmann und den Seinen schon lassen: sie haben es geschafft. Das Parlament ist ruiniert, die Selbstverwaltung zerschlagen, die Abstimmungsrechte des Volkes mißbraucht und nutzlos geworden, die Freiheit ist bedroht und die verkappte Diktatur regiert. Die Diktatur des Proletariats? Die Diktatur der Restauration! Gegenrevolution von rechts und Gegenrevolution von links haben sich tapfer 13 Jahre lang die Bälle zugeworfen und haben zusammengenommen heute die Mehrheit in Demokratie und Republik. Ein Trauerspiel? Nein, eine Schande!

Genau das gleiche soll sich jetzt in Spanien wiederholen, und es tut nichts zur Sache, daß diesmal an die Stelle der Kommunisten die Anarchisten getreten sind. Hier gilt nicht der Unterschied der Theorien, sondern die Gemeinsamkeit der politischen Wirkung. Wen wundert es noch, daß die spanischen Monarchisten den Anarchistenkrawall von Barcelona, Sevilla und Kadiz finanziert haben? Erstaunlich die Gemeinsamkeit des primitiven Scheinradikalismus zwischen anarchistischen Aufrührern in Spanien und kommunistischen Krawallmachern in Deutschland. Das ist ein Rückfall in die primitivsten Zeiten der Arbeiterbewegung, ein Rückfall in die Maschinenstürmerei des vergangenen Jahrhunderts, ein Wüten gegen die demokratische Staatsmaschine, deren Funktion diese Talmirevolutionäre ebensowenig verstehen, wie die vorkapitalistische Handwerkerverzweiflung die Funktion des Webstuhls und des industriellen Kapitals begriffen hatte. Wir selbst haben dieser Ausspülung und Unterwaschung der Republik von links her lange Jahre hindurch keinen innern Widerstand entgegengesetzt, wir haben die Abwehr den andern überlassen, weil wir uns für diese Arbeit zu gut dünkten, haben erleben müssen, daß nicht der Kommunismus, aber wir in die Gefahr der Vernichtung gerieten. Der jungen Freiheit Spaniens muß man wünschen, daß sie aus dem deutschen Unglück lernt und rechtzeitig die Schrittmacher der Gegenrevolution in feste Schranken zurückwirft. H.

Hohenzollern gegen Hitler?

Die so viel beredete, aber niemals verwirklichte „nationale Front" ist immer wieder an den Gegensätzen zwischen den Freunden der Wiederherstellung der Monarchie und dem ausgesprochen faschistischen Flügel der Reaktion gescheitert. Auch die neuerlichen Bemühungen des wieder so geschäftig gewordenen Herrn v. Papen, den Restaurationsflügel und den Nationalsozialismus wenigstens vorübergehend auf eine Linie zu führen, Erfolg haben werden, steht noch dahin. Nach außen hin sieht es fast so aus, als ob man im Hause Doorn den Glauben an eine Verständigungsmöglichkeit mit Hitler aufgegeben hätte. Das muß man wenigstens aus der Absicht schließen, der nationalsozialistischen Betätigung August Wilhelms ein gewaltsames Ende zu bereiten. Ein süddeutsches Blatt, der „Reutlinger General-Anzeiger", will erfahren haben, daß der Herr von Doorn einen Hausbefehl an sämtliche Mitglieder des Hohenzollernhauses erlassen habe, sich jeder Betätigung bei den Nationalsozialisten künftig zu enthalten. August Wilhelm sei darauf nach Italien oder den Balearen abgereist und werde auch nicht in den Preußischen Landtag zurückkehren. Die Mitteilung von der Abreise stimmt nicht, denn noch kürzlich hat man August Wilhelm in einem nationalsozialistischen Trauerzug in Berlin neben Dr. Goebbels sehen können, und außerdem trat er als Redner im lippischen Wahlkampf auf. Auch konnte die „Vossische Zeitung" den Erlaß eines Hausbefehls dementieren. Aber nach Mitteilungen, die in der englischen und amerikanischen Presse erschienen sind, scheint doch so viel an den Behauptungen des süddeutschen Blattes wahr zu sein, daß dem alten Herrn in Doorn das nationalsozialistische Treiben seines Sohnes zu bunt geworden ist und er ihn sehr energisch zurückgepfiffen hat. Veranlassung dazu soll ein Beschwerdebrief Hugenbergs an den Exkronprinzen über jene Rede August Wilhelms im „Sportpalast" gegeben haben, in der er sehr abfällige Bemerkungen über die Potsdamer Hofgesellschaft machte. Und da August Wilhelm finanziell von seinem Vater abhängig ist, wird er sich, mag er sich im Augenblick auch noch so sehr sträuben, schließlich doch jedem Wunsche aus Doorn fügen müssen. Es besteht also durchaus die Möglichkeit, daß man ihn im Preußischen Landtag in Zukunft nicht mehr sehen wird.

Aber auch noch eine etwas weniger harmlose Beurteilung dieser Vorgänge ist möglich. Die nationalsozialistische Bewegung befindet sich nicht nur in einem inneren Zersetzungsprozeß, sondern ihre Situation wird durch finanzielle Schwierigkeiten, die sich zu einer Finanzkatastrophe auszuwachsen drohen, noch erheblich verschärft. Zeigt man vom Hause Doorn dem Nationalsozialismus vielleicht nur deshalb die kalte Schulter, um ihm deutlich zu verstehen zu geben, daß man auf finanzielle Hilfe von dort aus nur dann rechnen kann, wenn Hitler bereit ist, mit seiner Partei hundertprozentig in die Restaurationsfront einzuschwenken?

Dann würden wir in nicht allzu ferner Zeit vor einer völlig veränderten Situation stehen und als inneren Zusammenhang zwischen der Aussprache Papen-Hitler und dem Krach mit Auwi den Kauf der nationalsozialistischen Bewegung durch das Haus Hohenzollern feststellen müssen.

Daubmanns Eltern . . .

Das Massenschicksal der Kriegereltern

Am 12. Januar hat vor dem Schöffengericht in Freiburg der Prozeß gegen den Betrüger Hummel stattgefunden, der mit einer niederträchtigen und zugleich phantastischen Komödie das arme Elternpaar Daubmann und die nationalistische Vereinsherrlichkeit des Badener Weinlandes zum Narren gehalten hat. Die politische und die moralische Seite dieser schauerlichen Groteske ist inzwischen ausreichend in der Oeffentlichkeit abgehandelt worden, zu der bislang reichlich vernachlässigten sozialen Seite der Angelegenheit wird nachstehend ein berufener Funktionär des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten das Wort nehmen.

Die Redaktion.

Der Fall des Schneiders Hummel, die Münchhausiade über die „abenteuerliche Flucht und Heimkehr des Kriegsgefangenen Daubmann" im letzten Hochsommer, ist das typische Beispiel dafür, wie schnelllebig unsre Zeit und wie vergeßlich unsre Zeitgenossen sind. Wer denkt heute noch an den Schneider Hummel, den großen Daubmann-Gauner von Endingen? Vielleicht lebt das Interesse für ihn durch seine Verurteilung noch mal etwas auf. Wahrscheinlich aber ist, daß besonders die sogenannte „nationale Presse", die ebenso wie die Kriegervereine und der Propagandist des falschen Daubmann, Major a. D. Bümiller aus Sigmaringen, als mitschuldig mit auf die Anklagebank gehört hätte, kein Interesse an einer sensationellen Berichterstattung über diesen Prozeß haben wird. Sie wird von dem Reinfall, den ihnen der Daubmann-Schwindler Hummel bereitet hat, genug haben.

So ist der Fall Daubmann-Hummel weiter das typische Beispiel dafür, wie ein Einzelschicksal durch ein auf Sensation eingestelltes Publikum und durch eine allzu gefällige Presse ganz plötzlich in das grellste Licht der Oeffentlichkeit gezerrt wird, um dann ebenso schnell wieder — gleich einem Kometen — in das Dunkel der Alltäglichkeiten, von denen man kein Aufhebens macht, zu versinken.

*

Das alte Ehepaar Daubmann besaß schon vor dem Kriege in Endingen ein kleines Häuschen, in dem ihr einziger Sohn Oskar aufgewachsen ist. Reichtümer hat das fleißige Paar trotz größter Sparsamkeit nicht erwerben können. Sie waren schon zufrieden, daß sie ihr kleines Häuschen als ihr Eigentum betrachten konnten und daß ihr Sohn Oskar als fleißiger Arbeiter versprach, ihnen im Alter eine Stütze zu werden.

Dann kam der Krieg. Oskar Daubmann gehörte zum Jahrgang 1896 bis 1897. Ohne die Zeit seiner zwangsläufigen Einberufung abzuwarten, meldete er sich 1915 freiwillig beim Infanterie-Reserve-Regiment 114 in Konstanz. Bald stand er bei der 5. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 111 an der Westfront. Er ging noch unversehrt durch die Hölle der Somme-Schlacht, doch bei einem Sturmangriff am 16. Oktober 1916 muß ihn das Schicksal ereilt haben, denn während dieses Ereignisses hat ihn ein Kriegskamerad aus Herbolzheim regungslos auf dem Gesicht liegen sehen und für tot gehalten. Die Kriegereltern erhielten die letzten Postsachen mit dem Vermerk „Vermißt" zurück, gaben aber zunächst die Hoffnung auf ein Wiedersehen noch nicht auf. Jedoch tauchte der Name Oskar Daubmann weder in den Listen der deutschen Kriegsgefallenen, noch in den Nachweisungen der amtlichen französischen Stellen über die gefangengenommenen deutschen Soldaten auf.

Wie dieses alte Kriegereltern-paar in den Wochen und Monaten, die dann zu Jahren und zu einem Jahrzehnt wurden, gelitten haben mag unter der sich immer mehr aufdrängenden Gewißheit des Niemalswiederheimkehrens ihres Sohnes, ist nicht zu beschreiben. Das seelische Leid und die schlaflosen Nächte zermürbten die körperlichen Kräfte. Die Mutter brach zusammen, der alte Vater wurde arbeitslos und Invalide.

In ihrer Verzweiflung wendeten sie sich schließlich an das Versorgungsamt, das ihnen, nachdem sie alle Hoffnung auf ein Wiedersehen mit dem Sohn aufgegeben und ihn gerichtlich für tot erklärt hatten, Ende 1925 die Elternrente bewilligte. Still und zurückgezogen verlebten sie nun ihren Lebensabend. Immer, immer an den Sohn und sein furchtbares Ende denkend und im stillen doch noch auf irgendein Wunder, das ihn in ihre Arme zurückführen würde, hoffend.

Mit einem monatlichen Einkommen von 58 Mark (23 Mark monatliche Kriegereltern-rente und 35 Mark Invalidenrente) fristeten die alten Kriegereltern ihr kümmerliches Dasein, als der Schwindler in ihren stillen Lebensabend einbrach. Sie wurden von dem lauten Geschrei der Kriegervereinler und sonstigen politischen Geschäftemacher, die wie Schmeißfliegen um den Schwindler herumschwirrten, glatt überrumpelt. Sie verfielen aus verständlichen Gründen der Psychose, von der ganz Endingen seinerzeit beherrscht wurde.

Als der Schwindel dann nach Monaten aufgedeckt wurde, brachen sie seelisch zusammen, hatten sie doch gewissermaßen zum zweitenmal ihren Sohn verloren. Das ist das Gemeine und Niederträchtige, niemals Entschuldbare an dem Verhalten des Schwindlers Hummel alias Daubmann, daß er die Elternliebe und das Andenken an einen Kriegsgefallenen ausnutzte für seine eignen egoistischen, auf materielle Bereicherung ausgehenden Zwecke. Die alte Frau Daubmann ist durch die Affäre gesundheitlich besonders stark in Mitleidenschaft gezogen worden und hat sich bisher noch nicht wieder von dem angetanen Leid erholen können. Aber auch Vater Daubmann ist nach der Aufdeckung des Schwindels ein andrer Mensch geworden, noch verschlossener als früher geht er, in sich gekehrt, den Verrichtungen des kleinen Haushalts nach, kaum daß man ihn einmal außerhalb seines kleinen Häuschens zu sehen bekommt.

Die einzige Stütze, die das Elternpaar nach dem Tode ihres Sohnes gefunden hat, ist, wie bei den meisten Kriegereltern, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen. Seit dem 1. Januar 1926, also so lange, wie sie Elternrente beziehen, gehören die alten Daubmanns der Ortsgruppe des Reichsbundes an. Auch als sie der Meinung waren, daß ihr Sohn zurückgekehrt sei, haben sie dem Reichsbund ihre Anhänglichkeit bewahrt und die Mitgliedschaft aufrechterhalten. Nachdem der Schwindel aufgedeckt war, hat dann auch der Gauleiter des Reichsbundes für den Gau Baden, Marquard in Karlsruhe, sich sofort persönlich mit dem Versorgungsamt in Verbindung gesetzt, damit die nach Rückkehr des angeblichen Sohnes eingestellte Zahlung der Elternrente wieder weiter gewährt würde. Gleichzeitig wurde auch vom Reichsbund die Wiederzahlbarmachung der Zusatzrente bei der Fürsorgestelle in Emmendingen veranlaßt. Da der Schwindler Hummel die alten Daubmanns während der ganzen Dauer, da er ihren Sohn spielte, in keiner Weise finanziell unterstützt hat, wurde dem Kriegereltern sowohl die Elternrente als auch die Zusatzrente für die rückliegende Zeit nachgezahlt.

An Leib und Seele gebrochen leben nun die alten Kriegereltern mit ihrem kümmerlichen Einkommen von 23 Mark Kriegereltern-rente und 35 Mark Invalidenrente die restlichen Tage ihres irdischen Daseins weiter. Aus dem grellen Lichte der Oeffentlichkeit, in das sie durch den Schwindler Hummel hineingezogen wurden, sind sie wieder zurückgekehrt in ein Dasein, das keine Beachtung mehr findet, weil es durch den Krieg zu einem Massenschicksal geworden ist.

Viele Millionen Eltern der zwei Millionen deutschen und zehn Millionen europäischen Kriegsgefallenen verbringen unter gleichen Verhältnissen, körperlichen und seelischen Leiden ihren Lebensabend. Allein in Deutschland erhalten 58 702 Kriegereltern-paare und 138 733 einzelne Kriegerväter und Kriegermütter aus der Reichsversorgung eine Rente, die je nach Ortsklasse, Zahl der gefallenen Söhne und ihres Berufs zwischen 13,50 Mark und 56,95 Mark im Monat schwankt. Da aber Anträge auf Elternrente nur bis zum 31. März 1930 gestellt werden konnten, und dann auch nur gewährt wurde, wenn nachweislich der gefallene Sohn der Ernährer der Eltern war oder mit größter Wahrscheinlichkeit geworden wäre, die Mutter das 50., der Vater das 60. Lebensjahr vollendet und keinen Unterhaltsanspruch gegenüber Personen hatten, die im Stande sind, ausreichend für sie zu sorgen. Uebersteigt das monatliche Einkommen der Eltern, je nach Ortsklasse, den Betrag von 41,60 Mark bis zu 60,00 Mark, dann darf ebenfalls Elternrente nicht gewährt werden, woraus erhellt, daß die „glücklichen" Empfänger von Elternrente in so dürftigen Verhältnissen leben, daß sie, erhielten sie keine Reichsversorgung, von den kommunalen Fürsorgeverbänden Zuschüsse zur Erhaltung ihrer Lebensexistenz erhalten müßten. So sieht der Dank des Vaterlandes gegenüber den alten, krank und arbeitsunfähig gewordenen Eltern aus, die ihre Söhne während des Weltkriegs hingeben mußten!

Heinrich Hoffmann.

Aus dem Verbrecheralbum der SA.

Der Mord in Streithof

Silvester drangen Verbrecher in das im Kreis Randow gelegene Gut Streithof ein, raubten Lohngelder und verletzten durch Revolverschüsse den Gutspächter Steinicke, den Kreisvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, so schwer, daß er den erhaltenen Verletzungen erlag. Als Täter wurden Stettiner SA.-Leute ermittelt und verhaftet.

Die ungeheure Erregung, die sich wegen dieser gemeinen Bluttat aller Bevölkerungskreise bemächtigte, brachte die Nationalsozialistische Partei — Gruppenführer in Pommern ist heute Herr v. Killinger, der noch zur Zeit des Fememordes an Hentzsch Führer der sächsischen SA. war — in arge Verlegenheit. Also erließ man eine Erklärung, daß die am Streithofer Ueberfall Beteiligten der NSDAP. nicht mehr angehören. Aber man hatte Pech. Bei dem Führer der Raubkolonne war nämlich Material gefunden worden, das vermuten ließ, daß die zur Mordtat benutzten Waffen aus den Stettiner SA.-Stürmen 11 und 24 stammen. Bei beiden Stürmen wurde eine polizeiliche Durchsuchung vorgenommen. Hierbei wurden nicht nur Schußwaffen gefunden, sondern auch festgestellt, daß innerhalb der SA. ein regelrechter Geschäftsbetrieb von Schußwaffen im Schwange ist. Auf diesem Wege waren auch die Streithofer Mörder in den Besitz der Waffen gelangt! Aber nicht genug damit. Die Aufklärung des im August 1932 erfolgten

Bombenanschlages auf den Stettiner „Volksboten"

ergab, daß die Mörder von Streithof auch an diesem Attentat beteiligt gewesen sind. Als Anstifter des Bombenanschlags wurden, wie die Justizpressestelle für den Oberlandesgerichtsbezirk Stettin mitteilt, der Führer des Sturmes 21/2, Konrad Kühn, und der Führer der Standarte 2, Wilhelm Leuschner, festgestellt. Täter sind Gustav Duchâteau vom Sturm 24, Ulrich Brauns, Truppführer vom Sturm 11, Hermann Köhler, Scharführer vom Sturm 24, und Reinhold v. Kalben von der Motor-SA. Davon sind Duchâteau, Brauns und Köhler an dem Raubüberfall auf den Gutspächter Steinicke beteiligt. Es wird also den Nationalsozialisten nicht gelingen, die Raubmörder von sich abzuschütteln.

*

SA.-Leute ermorden eine Frau.

Gleichzeitig erfährt man von einem weitern von SA.-Leuten begangenen Mord. Seit dem 23. November 1932 wurde die Ehefrau Weisenborn aus Jena vermißt. Die Leiche wurde jetzt in der Toten Saale gefunden. Die SA.-Leute Hahn und Loeffler aus Jena hatten die Frau erwürgt, beraubt und, in einen Sack gebunden, in die Tote Saale versenkt. Beide wurden verhaftet. Loeffler hat bereits ein Geständnis abgelegt.

*

12 Jahre Zuchthaus wegen Totschlags.

In Frankfurt a. M. wurde der Scharführer der Hitlerjugend Stubenrauch wegen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt. Er hatte die Hausangestellte Emma Busse in den Main gestoßen, weil sie ein Kind von ihm erwartete!

*

Und Sittlichkeitsverbrecher!

In Bochum wurden die SS.-Leute B. und Bl. und der SA.-Mann Mü. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatten das Dienstmädchen H. unter irreführenden Angaben in eine Wohnung verlockt, ihm, als es laut um Hilfe rief, einen Knebel in den Mund gesteckt und sich an ihm zu vergehen versucht. Nur durch die Gegenwehr des Mädchens waren sie an der Durchführung ihres Vorhabens verhindert worden.

Ein Traum

Ich hatte einen Traum
von viel roten,
rauchenden Schloten.
Und ein Fabriktor öffnete sich weit . . .
Arbeit!

Als ich erwachte,
standen die roten,
standen die toten
Schlote wie Fäuste zum Himmel gereckt.

Victor Kaluza.

Alter Gaul

Von
Alexander von Sacher-Masoch.

Alte Menschen stehen eines Tages vom Sessel auf, verlassen das Büro, in dem sie viele Jahre gearbeitet haben oder geben ihr Geschäft auf und vertauschen den Arbeitsrock mit einem neuen: dem Rock des Friedens. Manche mögen es schwer empfinden, dieses Aufhören gewohnter Bewegung, alle Räder stehen still, die Taschenuhr wird noch wie sonst zur gleichen Stunde aufgezogen, die Kleider wie ehemals über die Lehne des Sessels gebreitet, aber das Ziel, ihr eignes oder das Ziel eines andern, das sie sich zu eigen machten, — viele Jahre, ein Leben hindurch, ist erreicht, ist ihr Ziel nicht mehr. Vielleicht scheint es, als ob das Leben aufhörte in diesem Augenblick. Doch bei den meisten ist es nur ein neues Leben, in das sie eingehen mit diesem Tag. Ein leichtes, sorgenfreies, mit einem kleinen Gärtchen oder Haus bei manchem; bei vielen auch der Anbeginn großer Beschränkung oder neuer Sorgen. Doch langsam, weil die alten Knochen, die Nerven und das alte Herz zu sehr noch dem Gewohnten nachhängen, gleiten sie dennoch hinüber in ein neues Sein, hegen wieder Hoffnungen und Wünsche und beginnen schüchtern neue Ziele wie kleine bunte Fähnchen aufzustellen.

Aber ein alter Gaul?

Ausgelaugt und zermürbt, dessen Knochen aus der schlappen Haut stechen wie Lanzen. Der nimmer zu ziehen oder zu tragen vermag. Dessen Sein aufhört mit seiner Fähigkeit, zu tun. So ein alter Gaul, was soll mit ihm werden?

Noch jetzt spiegeln die blanken, verträumten Augen des alten Gauls die Welt. Schwer zieht er die Last des kleinen Wohnwagens, der blau gestrichen ist und dessen Fenster helle Gardinen verdecken — schwer und schweigsam. Ueber viele Landstraßen klapperten seine müden Hufe in den letzten Jahren. Selten satt, die fliegende Peitsche stets um die Flanken, oft nachts aufgescheucht aus kurzem Schlaf, gehorchte der alte Gaul, das älteste von drei Tieren der Truppe, immer dem Ruf der Pflicht. Die grünen Wiesen des Sommers, die Schatten der Laubwälder, die Ebenen des Ostens und die Berge der Steiermark glitten durch die sanften Spiegel dieser Pferdeaugen. Des Winters Frost nagte unter schlechten, zerrissenen Decken an seinem Fell. Er zog und zog, die Deichsel und die schlecht geschmierten Räder quietschten und knarrten, er zog und zog, mit schlechtem, halb verfaultem Stroh meist nur gefüttert, fünfundzwanzig dürre Jahre lang. Irgendwo in der dämmernden Tiefe des Bewußtseins vielleicht — denn wer weiß um die Seele eines so magern, häßlichen Kleppers — duftete es manchmal nach frischem Heu und der dunstigen Stille eines frühen Stalles, wo das rote, magere Flämmchen der Oellampe flackert und die Mutter dem neugeborenen Fohlen leise zuwiehert.

In den letzten Tagen ging es hier eine deutsche Landstraße entlang, mit lustigem Peitschenknall, mit Feuern, des Nachts unter Kesseln angezündet, mit fauligem Stroh und eifriger Fahrt, immer weiter, weiter, nach der Art der Zigeuner. Wie ein alter, schäbiger Held stelzte der Gaul voran, und gegen Abend rasselten seine Lungen bei jedem Schritt. Und da trat sein Herr an ihn heran, klopfte ihm vielleicht den schäbigen, alten Hals und löste die Stricke, die ihn ans Leben banden. Vielleicht hatte er keine Waffe, ihm den letzten Dienst zu erweisen, vielleicht meinte er es gut mit ihm, als er das Todesurteil vollzog, indem er ihn freiließ, vielleicht auch dachte er sich nichts dabei. Ein altes Gesetz erfüllte sich an ihm, das wir täglich erleben, das Gesetz der unnützen Dinge. Ein Werkzeug, das schartig und verbogen ist, werfen wir fort. Und der rote Rost kommt später und frißt es auf.

Menschen fanden den alten Gaul auf der Landstraße, die nach Rheinsberg führt. Sie fuhren in einem Auto vorbei und hielten an, um das Tier zu sehen. Da hob es noch einmal den Kopf und seine Augen flammten rot in der abendlichen Sonne. Menschen standen vor dem Gaul, der ein Denkmal der Treue war, scheu und voll dumpfen Mitleids standen sie da und erkannten vielleicht tief innen des Lebens unerbittlichstes Gesetz. —

Das Schaukelpferd

Ein Kriegserlebnis von
Kurt Hescher.

Dicke Schwaden blauer Qualmwolken durchzogen das Raucherabteil des Personenzugs, der mich ratternd und schnaufend meinem Ziele näher brachte. In Haar und Kleidung hängte sich der Rauch jener billigen Tabaksorten, deren Aroma noch tagelang zur Freude aller Hausfrauen darin haftet, kitzelte boshaft die Augenlider einiger verirrter Anti-Nikotiner und war schließlich verständig genug, nachdrängenden neuen Wolkengebilden Raum zu geben, indem er langsam durch die Lüftungsanlage entwich.

Diese blauen Dunstwolken verbanden die Menschen nicht nur rein äußerlich wie zarte Schleier miteinander — fast gewann es den Anschein, als ob sie auch die Menschen selbst einander näherzubringen vermochten —, jedenfalls nahmen die Gespräche, welche in den verschiedenen Teilen des großen Wagens der Holzklasse aufgeflackert waren, allmählich intimere Formen an, man gab sich dem fremden Weggenossen offner.

Erstaunliches kam zutage vom wahren Wesen der lieben Mitmenschen, ihnen selbst nicht bewußt, einem aufmerksamen Beobachter Quelle verborgener Forscherfreude! Aus meinen stillen Betrachtungen schreckte mich die Anrede eines Mannes, der auf der letzten Station mir gegenüber Platz genommen hatte:

„Was sagen Sie zu den Kämpfen in Ostasien, glauben Sie, daß sich die Japaner durchsetzen werden?" Und ohne meine Erwiderung abzuwarten, fuhr er fort: „Ich bin überzeugt, daß es ihnen gelingen wird. Bedenken Sie doch einmal, was wir Deutschen im Kriege gegen eine Welt von Feinden geleistet haben; ich glaube, diese Asiaten, die im Russenkriege ihre Tüchtigkeit bewiesen, werden mit ihrem vorzüglichen Heer die Gegner bald erledigt haben." Und plötzlich segelte er wohlgemut im Fahrwasser eigner Kriegstaten. Das Grausige, Entsetzliche des Krieges schien völlig seinem Hirn entschwunden, ihn umschwebte nur der Glorienschein „selbstvollbrachter" Heldentaten.

Ich konnte darauf nicht umhin, aus meiner Erinnerung folgendes Erlebnis zu erzählen:

„Es war im zweiten Kriegsjahr, in Frankreich. Seit Wochen lagen wir in Ruhestellung, wenige Kilometer hinter der Front, hatten uns in den Resten des verhältnismäßig wenig zerschossenen Dorfes X häuslich eingerichtet. Ich lag mit meiner Korporalschaft in einem Hause am Westrand, wo unmittelbar hinter der Mauer ein früherer französischer Graben entlang führte.

Mit der Bevölkerung, die zum Teil in unerschütterlicher Liebe zu Haus und Heimat geblieben war, standen wir im besten Einvernehmen, besonders zwischen den unbefangenen Kindern und unsern Leuten gab es manche dicke Freundschaft.

Zur Sicherheit der Zivilbevölkerung und der eignen bei Beschießungen hatten wir bombensichere Unterstände angelegt, wie sie jeder kennt, der draußen war. In unmittelbarer Nähe unsers Quartiers befand sich solch ein kellerartiger Unterstand.

Eines Tages, als ich mit den Kameraden gerade im Hause bei einem Skat zu vieren saß, wurde vorsichtig die Tür geöffnet und ein kleiner Junge von vielleicht sechs Jahren drängte sich herein (er war mit seiner kranken Großmutter zurückgeblieben, während sein Vater für Frankreich kämpfen mußte). In drolligem Kauderwelsch brachte der kleine Kerl hervor, sein Schaukelpferd sei in den Unterstand gerutscht, und nun wollte er uns bitten, wir sollten es herausholen, da er es mit seinen schwachen Kräften nicht konnte.

„Kinder, wartet, ich bin gleich wieder hier!" Schon eilte ich hinaus und war gerade mit dem Jungen halb in den Unterstand gekrochen, als unter furchtbarem Krachen ein gewaltiger Luftstoß uns beide völlig hineinwarf.

Mit ein paar blauen Flecken am Leibe sah ich hinaus und wurde bleich wie der Tod — das Haus war nicht mehr da! Aber ein Trümmerhaufen, dort wo es gestanden.

Eine Viertelminute später — die Granate war ja schon abgeschossen, als ich mit dem Jungen das Haus wegen des Schaukelpferdes verließ — und auch mit mir wäre es aus gewesen." —

Meine Mitreisenden, soweit sie das Erlebnis vernommen hatten, blickten nachdenklich-stumm; auch der Kriegsbegeisterte fand keine Worte mehr.

Schwere Niederlage Brachts

Auflösung der Richtenberger Ortsgruppe aufgehoben.

Der Bezirksausschuß in Stettin hat am 11. Januar 1933 nach einer fast sechsstündigen Verhandlung und einer umfangreichen mehrstündigen Beratung die Verfügung der Ortspolizeibehörde in Richtenberg auf Auflösung des Ortsvereins des Reichsbanners in Richtenberg aufgehoben und die durch das Verfahren entstandenen Kosten der Staatskasse auferlegt. Bei der großen Bedeutung, die dieser Entscheidung zukommt, bringen wir über die Vorgänge einen ausführlichen Bericht.

Der Bürgermeister in Richtenberg hatte als Ortspolizeibehörde am 13. September 1932 gegen die Ortsgruppe Richtenberg eine polizeiliche Verfügung erlassen, durch die er auf Grund des § 2 des Reichsvereinsgesetzes die Ortsgruppe mit sofortiger Wirkung auflöste, „weil der Zweck des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft". Diese Anordnung ging

auf persönliche Entschließung des Reichskommissars Dr. Bracht

zurück. Dieser hatte den Regierungspräsidenten in Stralsund mit entsprechender Weisung versehen, der wiederum den Bürgermeister mit der Auflösung des Ortsvereins beauftragte. In der Verhandlung vor dem Bezirksausschuß wurde der entsprechende Anweisungserlaß, der von Bracht persönlich gezeichnet war, zur Verlesung gebracht.

Aus ihm ergibt sich, daß **Dr. Bracht auch die Begründung der Auflösungsverfügung selbst vorgeschrieben** hat. Die Begründung stützt sich darauf, daß einige Mitglieder der Ortsgruppe Richtenberg am 20. Februar 1931 bei einem Werbeumzug mit Nationalsozialisten in eine Prügelei geraten und wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt worden waren.

Gegen diese polizeiliche Verfügung legten der Vorsitzende der Ortsgruppe Richtenberg und der Gauvorsitzende des Gaues Pommern Beschwerde ein, die jedoch von dem Landrat zurückgewiesen wurde. Hinsichtlich der Beschwerde des Gauvorsitzenden erklärte der Landrat sogar, er sei durch die Auflösung der Ortsgruppe nicht beschwert und infolgedessen überhaupt nicht berechtigt, gegen die Auflösung der Ortsgruppe Beschwerde einzulegen.

Nunmehr klagten der Ortsgruppenvorsitzende und der Gauvorsitzende im Verwaltungsstreitverfahren. Unsre Kameraden wurden in dieser Verhandlung durch unsern Kameraden Rechtsanwalt Dr. Berndt aus Stettin und durch unsern Kameraden Rechtsanwalt Dr. Karl Falck aus Berlin vertreten.

Beide Anwälte verwahrten sich mit großem Nachdruck dagegen, daß das im Strafverfahren ergangene Urteil im Verwaltungsstreitverfahren verwendet würde. Rechtsanwalt Dr. Berndt kritisierte das Urteil der Greifswalder Strafkammer, verglich die Rechtsprechung dieses Strafgerichts mit der Rechtsprechung der übrigen pommerschen Gerichte und erklärte, daß er auf Grund zahlreicher Verhandlungen vor allen pommerschen Gerichten aussprechen könne, daß die tatsächliche und rechtliche Beurteilung, die die Greifswalder Strafkammer den politischen Tatbeständen angedeihen ließe, zu den schwersten Bedenken Veranlassung gäbe. Rechtsanwalt Dr. Falck bestritt aus rechtlichen Gründen, daß das Verwaltungsgericht die Entscheidung der Strafkammer seiner eignen Urteilsfindung zugrunde legen könne. Wolle das Gericht auf die von der Strafkammer abgeurteilten Vorgänge zurückgreifen, so müsse es durch eigne Beweisaufnahme die Unterlagen schaffen, auf denen es sein Urteil aufbauen wolle.

Die Verhandlung wandte sich dann der Beschwerdeberechtigung des Gauvorsitzenden zu, die von dem Landrat verneint worden war. Rechtsanwalt Dr. Berndt wies auf die Satzung des Reichsbanners hin. Der Gauvorstand habe die Mitglieder des Vorstandes der Ortsgruppe zu bestätigen und könne die Mitglieder der Ortsgruppe abberufen. Daraus ergäbe sich klar, daß die Auflösung der Ortsgruppe einen Eingriff in die rechtlichen Befugnisse des Gauvorstandes bedeute. Rechtsanwalt Dr Falck legte gegenüber dem landrätlichen Bescheid dar, daß die Beschwerdeberechtigung gegen die auf das Vereinsgesetz gestützte polizeiliche Verfügung nicht, wie dies der Landrat zu Unrecht angenommen hat, sich aus dem Preußischen Polizeiverwaltungsgesetz ergäbe, sondern unmittelbar in dem Vereinsgesetz beruhe Dort sei aber die Beschwerdeberichtigung allgemeiner gefaßt als in dem preußischen Polizeigesetz.

Besonderes Aufsehen erregte der Vortrag der schriftlichen Klagebeantwortung des Landrats. In der Klage war darauf hingewiesen, daß, wenn die Richtenberger Ortsgruppe mit Recht aufgelöst sei, die gesamte SA. und die gesamte SS. der Nationalsozialistischen Partei der Auflösung unterliege. Auf diesen Einwand hatte der Landrat folgendes geantwortet.

„Der Hinweis auf eine angeblich unterschiedliche Behandlung andrer, insbesondere nationalsozialistischer, Vereine geht schon deshalb fehl, weil bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ein Verein aufgelöst werden „kann" aber nicht aufgelöst werden „muß".

Aus der Verhandlung ergab sich, daß der Landrat seine Klagebeantwortung nicht selbst angefertigt hatte, daß

vielmehr der Reichskommissar Dr. Bracht ihm den Wortlaut der Klagebeantwortung, also auch diesen Satz, vorgeschrieben

hatte. Rechtsanwalt Dr. Berndt griff diese Worte in scharfen politischen Ausführungen an. Er wies darauf hin, daß die SA. den wegen Totschlags zu Zuchthaus verurteilten Heines als Gauführer in Breslau dulde, daß sie den zweimal zum Tode wegen Mordes verurteilten Oberleutnant a. D. Schulz in ihren Reihen verwende. Rechtsanwalt Dr. Berndt knüpft dann an den wenige Tage zuvor in Stettin erfolgten Mord des Rittmeisters a. D. Steinicke an, des persönlich hoch angesehenen Vorsitzenden des Kreisvereins der Deutschnationalen Volkspartei, der in Streithof bei Stettin von SA.-Leuten mit SA.-Waffen ermordet worden sei. **Weder die Stettiner Polizei noch der Reichskommissar Bracht hätten wegen dieses Vorganges irgendwelche Maßnahmen gegen die SA.-Ortsgruppen unternommen.** Das Stettiner Verwaltungsgericht stand ersichtlich unter dem ungeheuern Eindruck, den diese wenige Tage zuvor erfolgte Mordtat bei allen anständigen Leuten ausgelöst hatte und widersprach daher den scharfen politischen Ausführungen unsers Kameraden nicht. Rechtsanwalt Dr. Karl Falck ergänzte diese politischen Ausführungen durch längere Rechtsdarlegungen über die Verpflichtung der Verwaltung zur gleichmäßigen Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen gegenüber jedermann und wies auf die Verpflichtung des Verwaltungsrichters hin, die Maßnahmen der Verwaltung einer Korrektur zu unterziehen, soweit die Verwaltung die ihr durch die Reichsverfassung gezogenen Grenzen nicht innegehalten gehalten hat.

Rechtsanwalt Dr. Falck erklärte dann, das Verbot baue sich auf einen Vorgang auf, der ein durchaus vereinzelter sei, die Abwehr sei eine einmalige Handlung, die aus dem Stegreif, aus der Gelegenheit heraus erwachsen sei. Sie haben zur gerichtlichen Bestrafung der Beteiligten geführt. Irgendwelche Anhaltspunkte für den Willen oder die Absicht einer Wiederholung derartiger Ausschreitungen seien in keiner Form ersichtlich. **Es widerspreche dem Grundgedanken aller polizeilichen Verbote und Sicherungsmaßnahmen, wenn das Verbot mehr denn eineinhalb Jahre nach dem Vorgang erlassen würde, das den äußern Anlaß zum Verbot bilde.** In der Zwischenzeit haben die Tätigkeit und die Arbeit der Ortsgruppe aber zu keinerlei Bedenken Veranlassung gegeben. Die Ausschreitung sei am 20. Februar 1931 erfolgt, das Verbot aber am 13. September 1932 unter ganz andern polizeilichen und politischen Verhältnissen. Das stellte die Grundlagen des Rechtsstaates in Frage.

Nach längerer Beratung hob der Bezirksausschuß die polizeiliche Verfügung auf und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf. Die Berechtigung des Gauvorsitzenden zur Beschwerde wurde anerkannt. —

Bröger und Höltermann auf dem Magdeburger Bundestag 1925

Köpfe der Arbeiterdichtung: Karl Bröger

In seinem Roman „Der Held im Schatten" erzählt Karl Bröger uns seinen Lebensweg. Geboren am 10. März 1886 zu Nürnberg, verbrachte er seine Jugendjahre wie auch den größten Teil seines Lebens in der alten Reichsstadt Nürnberg. Er hatte ein typisches Arbeiterschicksal mit allen Höhen und Tiefen hinter sich, als er nicht lange vor Ausbruch des Krieges den Weg zum Redaktionssessel eines sozialistischen Blattes, auf dem er heute noch sitzt, frei fand. Mit dem Ausbruch des Krieges endet der Roman. Später hat Bröger ihn nicht fortgesetzt, obwohl ein zweiter Teil angekündigt war. Vielleicht erkannte er, daß sein weiteres Leben so vor aller Augen lag, daß es einer besonderen Darstellung nicht mehr bedurfte. Denn mit dem Ausbruch des Krieges trat Bröger in das Licht einer weiten Oeffentlichkeit.

Sein Bekenntnis zu Deutschland, das in den Worten gipfelt:

„Herrlich aber zeigte es deine größte Gefahr,
daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war.
Denk es, o Deutschland!"

war es, mit dem Bethmann Hollweg in seiner bekannten Rede zu Beginn des Krieges um das Vertrauen der Arbeiter warb. Bröger war es auch, der das erste deutsche Kriegsbuch schrieb. Das Kriegsbuch des „unbekannten Soldaten". Das war kein Buch wie „Das Feuer" Barbusses, das gegen den Krieg sich stemmte, es war aber auch kein Gesang für den Krieg, wie Lissauer sie schrieb, es war schlichtes Bekenntnis des kämpfenden Mannes, der die Unabhängigkeit des Bodens verteidigt, der seine Heimat ist, weil nur auf freiem Boden auch die Rechte des freien Volkes erkämpft und gewahrt werden können. Bröger ist dieser seiner Gesinnung treu geblieben. Er war es, der der Republik ihre ersten Gesänge schenkte. Sein Gedicht „Die Freiheit spricht", vor zehn Jahren oft mit oberflächlicher Geste zitiert, hat in der letzten Zeit einen harten und bittern Sinn bekommen.

Die Schlußverse dieses Gedichts lauten:

„Volk, hab acht, Brüder wacht!
Deutsche Republik, wir alle schwören,
letzter Tropfen Blut soll dir gehören."

Bröger war der begeisterte Anhänger der Republik. Und Republik, das war damals wie heute Hort des Friedens.

So dichtet er in seinem Gedichtbuch „Flamme", das wie kein andres Buch Besitz der Arbeiterjugend geworden ist:

„Wird unser Schicksal neu gewogen
und springt der Krieg auf die Waage der Welt,
schleudert das Herz in flammendem Bogen
hinter ihm her.

Er soll sein Schwert nicht mehr an unseren Knochen schärfen
und Lasten kneten aus Mensch und Metall — —
Wir wollen der Erde neue Gewichte geben,
die Liebe aufrichten aus ihrem tiefsten Fall
und alle künden: Heilig der Mensch und dreimal heilig das Leben!"

In diesem Gedicht, wie in allem, was Bröger schreibt, erkennen wir seinen Zug zum Wesentlichen. Und den Zug zum Gleichnis. Er liebt die hymnisch hinrauschende bilderreiche Sprache und ist erfüllt von einem inbrünstigen Glauben an den neuen Menschen. Immer wieder fordert er, die Menschen müssen sich wandeln. In seiner Schrift „Vom neuen Sinn der Arbeit", die 1919 erschien, geht er so weit, daß er alle andern Forderungen, die der Arbeiterschaft damals auf den Nägeln brannten, zurückstellt vor der einen Forderung: „Ein neuer Geist muß aufstehen. Es muß der Wahn vertrieben werden, daß arbeiten nur heißt handlangern für den persönlichen Genuß. Dafür muß die Erleuchtung kommen, daß Arbeit in jeder Erscheinungsform eine geistig-sittliche Tat des Menschen ist . . .

Profit und Lohn haben jeden Geist aus der Arbeit getrieben, haben die Arbeit erniedrigt zu einem rein mechanischen Zahlenspiel zwischen Leistung und Lohn, zu einem Hexeneinmaleins, das keinen Sinn mehr hatte. Dagegen muß etwas geschehen."

Es ist heute nicht mehr nachzuprüfen, welche Wirkung diese Schrift Brögers damals auf die Arbeiter gehabt hat. Bestimmt hat sie den Arbeitern, die sich mit ihr auseinandersetzten, schon damals den Eindruck gemacht, daß hier ein Mensch um Probleme ringt, die erst mit der Umgestaltung der Wirtschaft gelöst werden können und daß darum die Umgestaltung der Wirtschaft vorausgehen muß. Heute sind wir von solchen Thesen weiter entfernt als je. Das „Zahlenspiel zwischen Leistung und Lohn" beherrscht das Feld stärker als je. Die Arbeiter, die einmal weiter denken konnten, haben wieder um den nackten Lohn zu kämpfen, den man ihnen mit einer Brutalität gekürzt hat, die ihre Vorbilder lange vor dem Kriege hat.

Es liegt eine besondere Tragik darin, daß, als achtzehn Jahre später wieder ein deutscher Minister — Freiherr v. Gayl — Bröger zitiert, Bröger sich gegen den Mißbrauch seines Namens wehren muß. Nicht, weil er sich nicht mehr zu Deutschland bekennt, dem er in der Zwischenzeit noch mal ein ganzes Gedichtbuch — „Deutschland" — gewidmet hat, sondern weil er den Mächten, die jetzt Deutschland repräsentieren, seine Anerkennung versagen muß. Auch an diesem Beispiel sehen wir, was die Arbeiterschaft von dem, was sie schon einmal zu besitzen glaubte, wieder verloren hat. Nicht nur an materiellen Dingen, sondern auch an Glauben. Und doch ist keines Dichters Werk so geeignet, dem deutschen Arbeiter seinen Glauben wiederzugeben, wie das Werk Brögers, das zu den reinsten und tiefsten Quellen der Arbeiterdichtung gehört.

Erich Grisar.

Beobachter

Auseinandersetzungen bei Hitler.

Die innere Zersetzung der Nationalsozialistischen Partei macht weitere Fortschritte. In Franken wurden der Gruppenführer, Reichstagsabgeordneter Stegmann, sowie einige Standartenführer ihrer Posten enthoben. Da Stegmann sich Hitler gebeugt und sein Reichstagsmandat niedergelgt hat, läßt sich noch nicht übersehen, wie weitgehend die Auswirkungen dieses Schrittes sein werden.

In Lippe ist der Gründer der Partei im Lipper Land, Dr. Fuhrmann, aus der Partei ausgetreten. Er begründet seinen Schritt mit den innern Zuständen der Partei, die nicht zuließen, daß man sich von so belasteten Persönlichkeiten wie Röhm trenne, und jede freie Meinungsäußerung unmöglich machten. „Mit Sklavenseelen führe man keinen Freiheitskampf." Mag sich dieser Schritt bei den Lippeschen Wahlen auch noch nicht ausgewirkt haben, er ist doch ein Symptom dafür, daß man in einer Partei auf die Dauer das Freiheitsbewußtsein der Menschen nicht so systematisch mit Füßen treten kann, wie es in der Nationalsozialistischen Partei geschieht. —

*

Amerika will die Kriegsrente kürzen.

Der Verwalter der amerikanischen Kriegsrentenabteilung, Mr. Franz T. Hines, hat die amerikanische Oeffentlichkeit durch die Nachricht in Erregung versetzt man werde in Zukunft den Kriegsbeschädigten entweder gar keine oder nur stark gekürzte Renten zahlen können. Eine Milliarde Dollars beträgt der Etat für diese Renten, und seit der Wirtschaftskrise steigt die Zahl derer, die Krankheitsbehandlung verlangen oder neue Anträge stellen, ständig.

Daher will man **alle Kriegsbeschädigten, die nicht zu 50 Prozent erwerbsunfähig sind, gänzlich streichen** und damit nahezu 52 Millionen Dollars im ersten Jahre allein sparen Das würde bedeuten, daß 356 555 Rentenempfänger gänzlich verschwinden würden. Die Handelskammer macht dagegen den Vorschlag, 400 Millionen dadurch zu ersparen, daß man alle Leiden unberücksichtigt lassen müsse, die nicht unmittelbare Kriegsfolgen seien. (Bisher war jeder Kriegsteilnehmer behandlungsberechtigt für jede beliebige Krankheit, die nach der Teilnahme im Krieg auftrat, also auch z. B. eine Geschlechtskrankheit.) Außerdem müsse die Verwaltung entsprechend abgebaut werden, ebenso die Krankenhäuser der Kriegsteilnehmer, die in den Vereinigten Staaten erstklassig eingerichtet sind.

In der amerikanischen Presse liest man Aeußerungen wie diese: „Die Regierung zahlt immer noch Pensionen für einen Krieg, der vor 122 Jahren stattfand, und zahlt weiter Pensionen für den Bürgerkrieg, der vor 68 Jahren beendet wurde, in einer Höhe von 100 Millionen jährlich. Man kann also den Staat wirklich nicht des Undankes beschuldigen." Im Verlauf des Pressekampfes erfährt man denn auch, wo die wahren treibenden Kräfte bei der ganzen Aktion sitzen: Es ist das Großkapital das seine Steuerlast vermindern möchte.

1928 zahlten 4 070 000 Personen Einkommensteuer. 99 Prozent dieser Steuerzahler brachten dabei nur ein Fünftel der gesamten Steuer auf. Mit andern Worten: 1 Prozent der Steuerzahler zahlte vier Fünftel der gesamten Einkommensteuer, die 1 Milliarde 90 Millionen Dollar ausmachte. Wenn der Durchschnitts-Steuerzahler 1 Dollar zahlt, so zahlt der finanzkräftige 330 Dollar. Der ganze Widerstand gegen die Kriegsrente rührt von diesem einen Prozent der Steuerzahler her, die 1928 ein Gesamteinkommen von 6 309 000 000 Dollars hatten. —

Mitteilungen des Bundesvorstandes

Unterstützungen

Im 4. Quartal 1932 sind nachstehende Unterstützungen gezahlt worden:

Monat	Nach § 44 (Rechtsschutz)	Nach § 45 (Unfall)	Nach § 46 (Tod im Dienste)	Nach § 48 (natürl. Tod)
Oktober .	26 142.99	4 741.30	1 500.—	2 500.—
November	30 760.48	3 558.75	500.—	2 602.50
Dezember	20 037.10	3 647.88	200.—	2 427.—
Mk.	76 940.57	11 947.88	2 200.—	7 529.50

Aufstellung.

Bis **einschließlich 30. September 1932** sind gezahlt worden 694 667.74

Vom 1. Oktober bis einschließlich 31. Dezember 1932 sind gezahlt:

nach § 44 (Rechtsschutz) . .	76 940.57	
nach § 45 (Unfall) . . .	11 947.88	
nach § 46 (Tod im Dienste) .	2 200.—	
nach § 48 (natürl. Tod) . .	7 529.50	98 617.95
	Summa Mk.	793 285.69

Der Bundesvorstand.
J. A.: Karl Höltermann.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Der Volkswohl-Bund, eins der bedeutendsten Versicherungsunternehmungen, betrachtet als unbedingte und vornehmste Pflicht die Sicherstellung der den Mitgliedern versprochenen Leistungen. Bei geringen monatlichen Beiträgen wird es jedem leicht gemacht, eine für jeden Zweck angebrachte Lebensversicherung sich zu nehmen. Die Bestattungskostenversicherung erfreut sich bei den kaum fühlbaren Beiträgen eines besonderen Zuspruches. Die Art der Leistung, ob Barauszahlung oder Uebernahme der Sachlieferungen, bestimmt das Mitglied bzw. ordnen die Hinterbliebenen an. In ganz Deutschland hat der Volkswohl-Bund überall Anerkennung gefunden und sich schnell ausgebreitet. An allen bedeutenden Plätzen werden Geschäftsstellen oder Ortsvertretungen unterhalten. Beachten Sie bitte das heutige Inserat. —

*

Sparsam und doch verschwenderisch ist der Gebrauch von Marylan-Creme. Sparsam: denn die Ausgabe für eine Original-Dose ist nur gering, und meistens reicht der Inhalt einen ganzen Monat und länger; verschwenderisch aber ist ihre Wirkung auf die Haut. Falten und Runzeln glättet sie wie mit Feenhänden, Pusteln und Mitesser verschwinden schon nach ganz kurzer Zeit, der graue Teint weicht einer gut durchbluteten frischen Haut. Frauen, die Marylan-Creme regelmäßig gebrauchen, sind durch ihr vorteilhaftes Aeußere unter Hunderten zu erkennen. — Ein Versuch ist völlig kostenlos; denn der Marylan-Betrieb, Berlin 252, Friedrichstraße 24a, sendet völlig kostenlos und portofrei jedem eine ausreichende Probe zusammen mit dem lehrreichen Büchlein über kluge Gesichtspflege. —

*

Ziekursch's Werk umgearbeitet.

Die „Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs", die der bekannte Kölner Historiker Professor Dr. Johannes Ziekursch vor einigen Jahren im Societäts-Verlag Frankfurt a. M. erscheinen ließ, gehört zu den Standardwerken der modernen deutschen Geschichtsschreibung. Der 1. Band, der die Zeit der Reichsgründung umfaßt, ist, nachdem er einige Zeit vergriffen war, soeben in einer neuen umgearbeiteten und ergänzten Auflage erschienen, die den Forschungen der letzten Jahre Rechnung trägt. —